Freitag, 23. September 1932
Nr. 216. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

SAZ Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Neue Streiks gegen Notverordnung

Ausstand in Hagen-Haspe

Hagen, 21. September.

Von der 500köpfigen Belegschaft des Gußstahlwerks Wittmann in Hagen-Haspe befindet sich der weitaus größte Teil in Streik. Die Belegschaft kämpft gegen die von der Werksleitung auf Grund der Notverordnung vorgenommene 10prozentige Kürzung der Löhne für die 31. bis 40. Wochenstunde.

Streik in einem Wuppertaler Kabelwerk

Wuppertal, 21. September.

Das Kabelwerk Carl Reinshagen in Ronsdorf hatte angekündigt, daß für die Belegschaft von der 31. Arbeitsstunde an eine Lohnkürzung um 30 Prozent erfolgen werde. In einer Belegschaftsversammlung haben die Arbeiter daraufhin beschlossen, in den Streik zu treten. Da der Aufforderung der Verwaltung an die Belegschaft, die Arbeit wieder aufzunehmen, nur etwa 50 Arbeiter Folge leisteten, wurden etwa 300 Arbeiter ausgesperrt.

Der Streik bei den Niles-Werken erfolgreich

Dieser Streik richtete sich gegen
50 Prozent Lohnabbau

nicht, wie wir gestern meldeten, „nur" 20 Prozent. Die Firma versuchte einen besonderen Trick anzuwenden. Sie hat infolge Russenaufträge ihre Belegschaft in letzter Zeit vermehrt und arbeitet nun in 3 Schichten à 48 Stunden voll. Sie will nun nicht nur die Prämie von 400 Mark pro neueingestellten Arbeiter einsacken, sondern auch allen Arbeitern noch für die 31. bis 40. Stunde 50 Prozent vom Lohn abbauen.

Jetzt hat die Firma unter dem Druck des geschlossen durchgeführten Streiks ihre Lohnabbau-Ankündigung zurückgenommen und sich verpflichtet, die alten Löhne weiterzuzahlen.

In der Berliner Druckerei Elsner traten die graphischen Hilfsarbeiter in den Streik, weil auf Grund eines Schiedsspruches die Löhne abgebaut werden sollten. In einer Versammlung der übrigen Belegschaft wurde den Streikenden vollste Solidarität zugesichert.

Im Metallwerk Kallmann, Berlin-Weißensee, trat die Belegschaft nach einstimmig gefaßtem Beschluß in den Streik zur Abwehr eines auf Grund der Notverordnung angekündigten Lohnabbaus um 20 Prozent.

Im Messingwerk Oberschöneweide wurde ebenfalls mit großer Mehrheit ein Streikbeschluß gegen den 20prozentigen Notverordnungs-Lohnabbau gefaßt. Es soll noch einmal mit der Direktion verhandelt werden. Für den Fall, daß der Abbau nicht zurückgenommen wird, tritt die Belegschaft morgen in den Streik.

In Langenbielau (Schlesien) ist der Streik bei der Textilfirma Meyer-Kaufmann restlos durchgeführt. Unter den gesamten Textilarbeitern von Langenbielau herrscht glänzende Kampfstimmung, was in einer überfüllten öffentlichen Versammlung des Textilarbeiterverbandes zum Ausdruck kam.

In der Gothaer Waggonfabrik ist der angekündigte Notverordnungs-Lohnabbau ohne Streik abgewehrt worden, nachdem die Direktion erkennen mußte, daß bei Durchführung ihres Lohnabbauplanes die Belegschaft geschlossen in den Streik tritt.

Dasselbe ereignete sich in der Papierfabrik Königsmühle in Merseburg. Nachdem die Belegschaft fast einstimmig den Streik beschlossen hatte, zog die Direktion ihren Lohnabbauanschlag zurück.

Kamenzer Textilarbeiter fordern Streik!

gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

In der Betriebsrätesitzung in Kamenz in Sachsen am 21. September 1932 referierten die Kollegen Lau (SPD) und Moschke (SAP) über die Notverordnung vom 4. und 5. September. Kollege Lau wandte sich sehr scharf gegen dieses Ungeheuer. Kollege Moschke erklärte, das dauernde Paktieren und Tolerieren der bürgerlichen Regierungen habe wesentlich dazu beigetragen, daß heute die Arbeiterklasse so geschwächt sei. Nur wenn das gesamte Proletariat Widerstand gegen die furchtbare Verelendungspolitik der bürgerlichen Gesellschaft leistet, besteht die Möglichkeit, daß die Arbeiterklasse wieder vorwärts kommen kann. Ein radikaler Kurswechsel sei aber in der Gewerkschaftsführung nötig, wenn es dazu kommen soll.

In der Debatte brach es dann los! Alle Kollegen,

ob SPD, KPD oder SAP, erklärten: so kann es nicht weitergehen, wenn die Führung nicht zum Kampf rufe, wird sich die Masse eines Tages über diesen Strohhalm hinwegsetzen und zum Kampfe schreiten.

Der Schriftführer wurde beauftragt, an die Gewerkschafts- und Parteiführungen ein Schreiben zu richten, in dem kurz und bündig erklärt wird:

Wir fordern Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Eingreifen des Reichsarbeitsminister im Ruhrkonflikt

Berlin, 22. September.

CNB. Der Reichsarbeitsminister hat, den Blättern zufolge, die Gelegenheit seiner Anwesenheit auf dem Kongreß der Christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf benützt, um im Industriegebiet Verhandlungen mit den am Ruhrbergbautarif beteiligten Parteien zu führen. Die Bemühungen Schäffers zielen darauf ab, eine freiwillige Vereinbarung anzubahnen, um ein Eingreifen des Schlichters zu vermeiden.

Schäffer will selbstverständlich die Gewerkschaften auf „gütlichem" Wege zur Annahme der unverschämten Unternehmerforderungen bewegen. Für die Arbeiter bedeutet das höchste Gefahr!

Papenheringe!

Zollerhöhung von 3 auf 9 Mark pro Faß

Kartoffel und Hering! Früher einmal der Begriff für billigste proletarische Kost, ist längst für Millionen deutscher Proleten zum nicht mehr erreichbaren Luxusmahl geworden. Aber immerhin, Hering gehört vom Gesichtspunkt des Nährwertes noch zum billigsten Massenernährungsmittel.

Das wird jetzt auf Wunsch der Großagrarier und Heringsfischereien durch eine 200prozentige Zollerhöhung maßlos verteuert. Der Skandal ist um so größer, als die deutsche Heringsfischerei längst nicht den Bedarf in Deutschland deckt. Es wird nun gesagt, daß die deutsche Heringsfischerei zu drei Vierteln arbeitslos sei, weil sie die ausländische Konkurrenz nicht aushalte. Deshalb also, weil die Groß-Heringsfischereien unfähig sind bzw. nicht genug Profit einhamstern können, wird der ohnedies unterernährten Volksmasse der Hering verteuert.

Wir schlagen vor, den neuen verteuerten Hering, ein großes Vorbild nachahmend, Papenhering zu nennen.

Rußland fordert Abrüstung

Das Büro der Abrüstungskonferenz tagt

Genf, 21. September.

WTB. Präsident Henderson eröffnete die Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz mit einer kurzen Ansprache, in der er erklärte: Die Abrüstungskonferenz sei jetzt an ihrem kritischen Punkte angelangt. Hauptaufgabe des Büros sei die Vorbereitung des zweiten Tagungsabschnittes der Konferenz, der, wie er bestimmt hoffe, eine Reihe konkreter Abrüstungsmaßnahmen zeitigen werde. Sodann legte der Präsident das Schreiben des deutschen Außenministers und die Antwort des Konferenzpräsidenten vor. Mit dem Vorschlage Hendersons, über die Mitteilung der deutschen Regierung vorläufig in keine Diskussion einzutreten für den Fall, daß die deutsche Regierung den Wunsch habe, auf seinen Brief zu antworten, erklärte sich das Büro einverstanden.

In der Nachmittagssitzung wandte sich die Diskussion der Durchführung der Entschließungen des Hauptausschusses der Konferenz vom 23. Juli zu. Der russische Volkskommissar Litwinoff erklärte, man habe die Atmosphäre des Pessimismus und der Enttäuschung, die die erste Konferenzperiode gekennzeichnet habe, noch nicht vergessen. Auch Henderson habe zugeben müssen, daß die bisherigen Ergebnisse der Konferenz recht spärlich seien. Man müsse jetzt endlich zu konkreten und wirksamen Maßnahmen, besonders auf dem Gebiete der quantitativen Abrüstung, kommen. Die qualitative Abrüstung, mit der sich die Konferenz bis jetzt ausschließlich beschäftigt habe, genüge allein nicht. Der russische Delegierte betonte, daß alle Konferenzteilnehmer die Abwesenheit Deutschlands bedauern müßten. Die baldige Rückkehr Deutschlands zur Konferenz sei wünschenswert. Wenn das Büro im Laufe seiner jetzigen Beratung dem Hauptausschuß der Konferenz wirklich konkrete Maßnahmen für eine durchgreifende Abrüstung vorschlagen könne, so bestünde gewiß Aussicht, daß Deutschland wieder zur Abrüstungskonferenz zurückkehre. Das verschwundene Vertrauen werde nicht wiederkommen, wenn man sich nur mit geringfügigeren Dingen beschäftige und immer wieder neue Komitees einsetze. Man müsse sich jetzt endlich auf große Fragen konzentrieren.

Internationale Untersuchung über deutsche Geheimrüstungen?

Paris, 21. September.

Echo de Paris berichtet, daß Herriot seinem Gedanken treu bleibe, eine internationale Untersuchung über angebliche Geheimrüstungen Deutschlands zu beantragen und die Abrüstung Frankreichs von strengen Sicherheitsbedingungen abhängig zu machen. — Im Widerspruch hierzu steht allerdings eine Nachricht der Zeitung L'Ordre, wonach der Plan, eine internationale Untersuchung über die angeblichen Geheimrüstungen Deutschlands zu beantragen, auf später verschoben worden sei. Herriot werde vor der Abrüstungskonferenz hiervon nicht sprechen, vielleicht aber nächste Woche im Völkerbundsrat.

10 neue englische Kriegsschiffe

London, 21. September.

Die britische Admiralität gibt bekannt, daß sie Bauaufträge für einen Flottillen-Führer und acht Zerstörer sowie für zwei Minensucher vergeben hat. Damit ist das Bauprogramm von 1931, das aufgeschoben worden war, mit Ausnahme von zwei U-Booten erledigt.

Man nennt das „Abrüstung".

Auch Akkordlohnabbau

durch Notverordnung — „Friedenspflicht" für die Gewerkschaften

Die Papenregierung hat unter dem 21 September eine zweite Ergänzungsnotverordnung erlassen, nach der die Lohnabbau-Bestimmungen der Notverordnungen vom 4./5. September nicht nur auf die Tariflöhne, sondern auch auf die Akkordlöhne angewandt werden können.

Das war bisher noch eine „Lücke" in der Papennotverordnung und flugs kommt hier die Regierung den Unternehmerwünschen nach. Die ganzen Akkordabbaubestimmungen sind jedoch, weil der Akkord meist nicht durch Kollektiv-, sondern Einzelvertrag festgesetzt wird, derart kompliziert und verklausuliert, daß sich niemand durchfinden kann und daher auch die Rechtsgültigkeit sehr fraglich ist.

Damit aber hier für die Arbeiter und Gewerkschaften kein Loch im Paragraphennetz der „Gesetze", das heißt keine Möglichkeit zum Streik bleibt, bestimmt die neueste Verordnung ausdrücklich, daß die

Gewerkschaften auch beim Lohnabbau an die Friedenspflicht gebunden

seien. Es heißt in der durch WTB verbreiteten Ankündigung und Erläuterung:

„Zur Vermeidung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß nach der Absicht der Verordnung der Arbeitgeber, der die Tariflöhne und -gehälter mit der zugelassenen Abweichung zahlt, damit den Tarifvertrag und den Arbeitsvertrag erfüllt. Andererseits würde eine Gewerkschaft, die einen gegen die gesetzlich zugelassene Unterschreitung der Tarifvertragssätze gerichteten Arbeitskampf unterstützte, gegen die tarifvertragliche Friedenspflicht verstoßen."

Also unerhörten Lohnraub trotz bestehender Tarife, aber Verbot, dagegen zu streiken. Es ist so wie wir voraussagten: Tarifverpflichtung nur für die Arbeiter und „Freiheit" zum willkürlichen Lohnraub für die Unternehmer. Diese Fessel gilt es durch Massenkämpfe zu zerreißen unter der Parole

keinen Pfennig Lohnabbau, sonst Streik.

Ein Wahlaufruf der Reichsregierung

CNB. „Börsenzeitung" und „Deutsche Allgemeine Zeitung" berichten, daß die Reichsregierung in ihrer gestrigen Kabinettssitzung die Veröffentlichung eines Wahlaufrufes beschlossen habe, der die offizielle Stellungnahme zum Wahlkampf enthalte und noch einmal die Gründe umreißen soll, aus denen heraus die Reichsregierung den Entschluß zur Reichstagsauflösung und zur Ausschreibung von Neuwahlen faßte. Der Aufruf werde ferner die Mahnung an die Parteien richten, den Wahlkampf mit größter Zurückhaltung und unter Wahrung der Ordnung und Ruhe zu führen. Nur unter dieser Voraussetzung sei ein planmäßiger Ablauf der Wahlen gewährleistet.

Der sozialdemokratische Irrtum

Von einem sozialdemokratischen Parteifunktionär

K. S. Die sozialdemokratische Nachkriegspolitik war nicht marxistisch fundiert. Die sozialdemokratische Politik war Politik aus dem Glauben — war in diesem Sinne bürgerlich. Im Vordergrund stand bei allen ihren Kundgebungen der Glaube an das deutsche Volk. Die Sozialdemokratie war — wie auch die bürgerlichen Demokraten — überzeugt, daß das deutsche Volk fähig sei, nicht nur sich selbst zu regieren, sondern darüber hinaus auch in parlamentarischer Diskussion den Weg zu einem sozialistischen Staatswesen zu finden. Hinzu trat der Glaube an die Wirtschaftsdemokratie, an das friedliche Nebeneinanderbestehen kapitalistischer Interessen und sozialistischer Forderungen und an die friedliche Weiterentwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zum Sozialismus hin.

Der Glaube an das deutsche Volk — eine deutliche Reaktion auf die monarchistische Geringschätzung des Volkes. Der Glaube an die Wirtschaftsdemokratie, entstanden aus der reformistischen Abwandlung der marxistischen Erkenntnis, wie sie wiederum bedingt war durch den kapitalistischen Aufschwung der Vorkriegszeit. Der Gedanke der friedlichen Demokratisierung von Volk und Wirtschaft war gefestigt worden durch die pazifistische Reaktion auf den Weltkrieg.

So fand die „Arbeitsgemeinschaft" des Weltkrieges ihre Fortsetzung in der Weimarer Verfassung, in der schweren Ueberschätzung der demokratischen Möglichkeiten dieser Verfassung, in der falschen Vorstellung von einer sozialistischen Politik innerhalb des neuen Staates. — Die neuen Eindrücke waren so stark, daß sie den gesunden Menschenverstand der sozialdemokratischen Führer gefangen nahmen. Sonst hätten sie sich sagen können, daß das von der Weimarer Verfassung vorausgesetzte demokratische Empfinden beim deutschen Volke doch noch recht schwach entwickelt war. Das deutsche Volk war zersplittert, unpolitisch und eher militaristisch als demokratisch erzogen. Und daß das deutsche Bürgertum sich den Regeln der Demokratie so ohne weiteres unterordnen würde, war seiner ganzen Mentalität nach auch nicht anzunehmen.

War von dieser Seite her der neue Staat schon sehr bedroht, so noch mehr von der wirtschaftlichen. Denn da die Wirtschaftsordnung ja kapitalistisch blieb, so war wirtschaftliche Prosperität, auflebende Konjunktur eine unbedingt erforderliche Voraussetzung zur Ueberbrückung der im Kapitalismus vorhandenen Klassengegensätze — zur Bildung eines einheitlichen politischen Willens, zum Funktionieren des Parlaments in dieser demokratischen Verfassung. Denn bei zunehmenden Klassengegensätzen hebt sich eine demokratische Verfassung von selbst auf. Und von Wirtschaftsdemokratie ist dann erst recht nicht mehr die Rede.

Hätte die Sozialdemokratie sich angesichts der Weimarer Verfassung nicht nur Illusionen hingegeben, sondern hätte sie noch die klare marxistische Erkenntnis der Dinge besessen, so hätte sie bereits 1919 wissen können, daß diese Demokratie alsbald in der kapitalistischen Krise und ihrer Verelendung und der Zuspitzung der Kassengegensätze versagen mußte. Die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung innewohnende Tendenz zur Krisenverschärfung mußte sich im Deutschland des Versailler Vertrages und der Reparationslasten ebenso wie der Weimarer Verfassung mit besonderer Schnelligkeit auswirken. Bedeutete Versailles die Wegnahme von Absatzgebiet, bedeuteten die Reparationslasten Entziehung wichtiger Kapitalien, so setzte das Bestehen der Weimarer Verfassung und ihrer Volksrechte dem deutschen Kapitalismus eine Schranke, in seiner Auswegslosigkeit gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Die Krise und die Zunahme der Klassengegensätze mußten den Parlamentarismus lahmlegen, die Demokratie mußte zerbrechen. Das war vorauszusehen.

Es war aber ebenso vorauszusehen, daß das deutsche Bürgertum seiner militaristischen Mentalität nach und in einer solchen ökonomischen Bedrängnis alsbald den faschistischen Weg beschreiten würde. Das war sein einziger Ausweg. So hofft es einerseits die Fesseln des Versailler Vertrages abzuwerfen und andererseits sich von den Soziallasten und Arbeiterrechten für immer zu befreien, die Arbeitslosen zu militarisieren und sich, wo es nicht anders geht, auf kriegerische Weise Absatzgebiet zu sichern. Diesen Weg hemmte die Weimarer Verfassung. Also mußte sie beseitigt werden.

Hätte die Sozialdemokratie die Grundlage, auf der die Weimarer Verfassung leben sollte, klarer erkannt, sie wäre wahrscheinlich nicht liberalistischen Harmonie- und Gemeinschaftsgedanken, Staatsverantwortungs- und Regierungsnöten zum Opfer gefallen. Sie wäre nicht darauf ausgegangen, ohne jeden Vorbehalt zu koalieren und zu tolerieren und sich gar zu sehr mit dem nur allzu kapitalistisch gebliebenen neuen Staate zu identifizieren. Sie hätte nicht die wichtigsten Posten des Staates bekleidet und so weithin sichtbar die Verantwortung für die kapitalistische Krise übernommen — sondern sie hätte sich in Opposition zu diesem Staate und seiner Wirtschaft gestellt und wäre angesichts des kapitalistischen Chaos zur Verkünderin der Revolution geworden. Dann hätte es ihr nicht passieren können, daß ihr vom Faschismus die Schuld am Elend dieser Demokratie zugeschoben werden konnte, und daß große Massen so etwas glaubten.

Aber in ihrem demokratischen Glauben, ihrer demokratischen Illusion gefangen, sahen die sozialdemokratischen Führer weder die Grenzen der Weimarer Demokratie noch die Größe der faschistischen Gefahr. So aber sahen sie auch nicht die Aufgaben der deutschen Arbeiterschaft, nämlich: die Revolution, die Diktatur des Proletariats vorzubereiten, um die in den Faschismus entartende bürgerliche Demokratie von Weimar zu ersetzen durch eine sozialistische Demokratie.

Heute wollen die sozialdemokratischen Führer ihre ungeheuerlichen Irrtümer noch nicht eingestehen, und die Art, wie sie sich das Mäntelchen des Rechtes umhängen, grenzt an Heuchelei. Aber sie haben nach dem grandiosen Mißerfolg ihrer Politik nur noch ein Recht: Das Recht, abzutreten und den Platz jungen neuen Kräften freizumachen, die gewillt sind, den revolutionären Weg zur Befreiung des Proletariats zu gehen, zur Errichtung der sozialistischen Demokratie.

Es gibt gegenüber der faschistischen Diktatur nur noch den Weg der Revolution. Der demokratische Weg wurde zur Unmöglichkeit im Augenblick, als das Bürgertum, als der deutsche Kapitalismus die demokratischen Regeln zu mißachten begannen. Gegenüber der Militärdiktatur helfen weder die demokratisch-parlamentarischen noch pazifistischen Deklamationen der SPD-Führer. Auf den revolutionären, den außerparlamentarischen Kampf, auf den gewaltsamen Weg zum Sozialismus verzichten?? Wohl können das einzelne, um ihr Dasein Bekümmerte, nie aber kann es das Proletariat als Klasse, sollte es nicht seiner historischen Aufgabe untreu werden —, die kapitalistische Wirtschaftsordnung durch die sozialistische zu ersetzen!

Die sozialdemokratischen Arbeiter von den demokratischen Illusionen der Nachkriegspolitik ihrer Führer zu heilen und für die revolutionären Aufgaben der deutschen Arbeiterschaft zu gewinnen, ist die dringendste Gegenwartsaufgabe, soll die faschistische Diktatur nicht auf Jahre triumphieren.

Nationalsozialistischer Kronzeuge

Riesenblamage für die NSDAP

In dem Prozeß des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß gegen die beiden Redakteure des nationalsozialistischen „Angriff" brachten die Beklagten einen Zeugen, Gastwirt Bast, herbei, durch dessen Aussagen bewiesen werden sollte, daß Dr. Weiß sich auf unlautere Weise zur Vergebung einer Schankkonzession bereitgefunden habe. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde die Person dieses nationalsozialistischen Zeugen unter die Lupe genommen und dabei ergaben sich Feststellungen, die für die NSDAP und ihre Art, derartige Verleumdungsfeldzüge zu führen, geradezu vernichtend sind.

Es wurde zunächst der Oberregierungsrat Dr. Kopp vernommen.

Bast sei der Besitzer zweier Absteigequartiere, und es schwebe gegen ihn ein Verfahren wegen Kuppelei. Er sei auch in der Irrenanstalt Teupitz interniert gewesen.

Nun wird Bast dem Oberregierungsrat Dr. Kopp gegenübergestellt. Er bestätigt, daß er Hotelpensionen in der Friedrichstraße und am Alexanderplatz besitze, und daß er mehrere Monate in der Irrenanstalt Teupitz gewesen sei. Bast versucht jetzt, seine vorgestrige protokollierte Aussage über seine Vernehmung im Polizeipräsidium zu revidieren, und behauptet heute, er könne sich nicht mehr an nähere Einzelheiten erinnern, nachdem er sich vorgestern noch recht gut erinnern konnte.

Rechtsanw. Arras: Haben Sie vor der Ablegung eines Offenbarungseides behauptet, Sie könnten den Eid nicht ablegen, weil Sie geisteskrank seien?

Bast: Das hat meine Frau behauptet.

Rechtsanw. Arras verliest nun ein Gutachten von Gerichtsarzt Dr. Strömer über Bast. Es heißt darin, daß Bast Geisteskrankheit vortäusche.

Bast: Na, das ist doch kein Wunder!

Vors.: Was ist kein Wunder? Daß Sie Geisteskrankheit vortäuschen?

Die Angeklagten versuchen nun, die Geisteskrankheit dieses Zeugen auf eine Kriegsverletzung zurückzuführen, aber es stellt sich sofort heraus, daß Bast nur in der Etappe gewesen ist.

Rechtsanw. Arras: Ist es richtig, daß Sie ein Jahr auf Festung gesessen haben, weil Sie im Kriege einen Brief eines russischen Offiziers befördert haben?

Bast: Daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

Vors.: Wenn Sie sich nicht mehr an ein Jahr Festungshaft erinnern können, dann ist Ihre Glaubwürdigkeit erledigt.

Die Angeklagten, sonst so fragefreudig, schweigen nach dieser Niederlage betreten still. Aber sie werden gleich zum zweitenmal geschlagen, als Kriminalkommissar Kanthack auftritt. Von Kanthack wurde im „Angriff" behauptet, er sei strafversetzt worden, weil er ein Spielunternehmen, dessen Besitzer mit Dr. Weiß bekannt gewesen sei, ausgehoben habe. Kanthack sagt aus, daß es sich um ein Spielunternehmen in Norderney gehandelt habe. Er habe aber keine Anhaltspunkte dafür, daß Dr. Weiß mit dem Besitzer bekannt gewesen sei. Allerdings sei er der Auffassung, daß seine Versetzung mit der Schließung dieses Klubs zusammenhänge.

Oberregierungsrat Dr. Kopp, der die Versetzung Kanthacks vorgenommen hat, erklärt zu dieser Aussage, daß er von der Affäre Norderney heute überhaupt zum ersten Male höre. Die Versetzung sei auf Grund einer Disziplinaruntersuchung erfolgt, die gegen Kanthack u. a. wegen grober Unkorrektheiten bei der Verteilung von Belohnungen geführt worden sei. Dr. Kopp sagt weiter aus, er habe die Versetzung aus eigener Machtvollkommenheit ausgesprochen und habe

weder mit dem Polizeivizepräsidenten noch mit dem Polizeipräsidenten darüber gesprochen.

„So muß man das Volk beschwindeln"

In dem pfälzischen Dorfe Niederhochstadt lebt der Bauer und Gastwirt Georg Lähr. Ihn betreffend wurden Mitte August im Abstand von wenigen Tagen zwei Tatsachen bekannt. Zuerst: daß sein Haus einem Brand zum Opfer gefallen war. Später: daß er selbst der Brandstiftung überführt und verhaftet worden sei. So weit der Tatbestand in seinen zwei Etappen. Und nun ist es denkwürdig und gehört in die Archive, wie sich die sogenannte „Gauleitung" der Nationalsozialisten und ihr Organ, die „NSZ Rheinfront" in Kaiserslautern, zu den zwei Phasen des Geschehnisses verhielten. Nach dem Brand (in Nr. 181 des Blattes) erschien fettgedruckt und groß aufgemacht folgender Partei-Aufruf:

Parteigenossen helft!

Unserm Pg. Lähr in Niederhochstadt wurde am vergangenen Montag sein Anwesen von politischen Gegnern in Brand gesteckt, das bis auf die Grundmauern niederbrannte. Dadurch wurde die gesamte Ernte vernichtet. Wir wenden uns an alle Parteigenossen mit der Bitte, zu helfen. Gebt Heu, Stroh, Korn, Weizen usw., damit Pg. Lähr mit seiner Familie über den Winter hinwegkommt.

Die Gauleitung.

Der Hitler-Mann Lähr wurde also zum Märtyrer ernannt, der Brand selbstverständlich den „politischen Gegnern" angekreidet. Was aber geschah nach der peinlichen Entdeckung, daß der Eigentümer selbst sein Anwesen angezündet hatte? Zwei Tage später, — nun freilich nicht mehr in Fettdruck, — war folgendes im Parteiorgan zu lesen:

„Wie verschiedene Zeitungen melden, wurde Gastwirt Georg Lähr nebst seinem Schwiegersohn Minges wegen angeblicher Brandstiftung verhaftet. Würden diese überführt werden, so läge ein solches Verhalten auf der gleichen Linie, wie die Angaben des Lähr, er sei Mitglied der NSDAP. Sofort nach Bekanntwerden obiger Meldung entstand bei der Gauleitung der NSDAP der Verdacht, daß auch die Mitteilung über die Parteizugehörigkeit des Lähr ein Schwindel sei. Eine Ueberprüfung der Kartei hat ergeben, daß Lähr nicht Mitglied ist, vielmehr aus der Tatsache des „Geschädigten" Kapital schlagen wollte. Georg Lähr gehört also nicht der NSDAP an, gesinnungsgemäß vielmehr gegebenenfalls in die Reihen der „Eisernen Front", in der man derartige Elemente in letzter Zeit in Ueberzahl finden kann. Wir haben es schon oft genug erlebt, wie gerade solche Leute mit unserem Namen ihre SPD-Gesinnung zu verdecken versuchen."

In dem Augenblick, in dem Lähr der Brandstiftung überführt ist, läßt sich plötzlich also sein Karteiblatt nicht mehr finden und er zählt „gegebenenfalls" zur Eisernen Front, die ja in Ueberzahl aus derartigen Elementen besteht. Offenbar gehen die Herren von dem richtigen Instinkt aus, daß der Bauer nichts übler nimmt, als um „Heu, Stroh, Korn, Weizen usw." betrogen zu werden, so wie es hier auf dem Schnorrwege versucht wurde; während man Mördern „unbegrenzte Treue" geloben kann, muß man den Brandstifter und Almosenschwindler also um jeden Preis loswerden. Aber wie unverschämt er nach der Wendung sofort in einen SPD-Mann verwandelt wurde, — ebenso unverschämt, wie man ihn zuvor sofort als SPD-Opfer dargestellt hatte, — das läßt ahnen, was gerade auf dem Lande von dieser Partei aufgeführt wird, dieser beispiellosen Partei, deren Richtschnur die verlumpte Maxime ihres Führers ist: „Der Deutsche hat keine blasse Ahnung, wie man das Volk beschwindeln muß . . ." („Tagebuch".)

Nazis sagen aus

Fortgang des Berliner Kommunistenprozesses

In dem Totschlagsprozeß Calm und Genossen vor dem Sondergericht wurden die bei der Schießerei verletzten SA-Leute vernommen, die gleichzeitig als Nebenkläger zugelassen sind. Der eine sagt aus, daß er mit zwei anderen an dem Abend, an dem sich der Zusammenstoß ereignete, durch die Galvanistraße gegangen sei. Vor dem kommunistischen Lokal in der Galvanistraße hätten viele Menschen gestanden. In der Röntgenstraße habe er sich in einem Hausflur versteckt, um zu sehen, ob die Leute ihm nachkämen. Dann sei er aus dem Hausflur hinausgegangen, um schnell über den Damm in das nationalsozialistische Verkehrslokal zu kommen. Ein Radfahrer sei absichtlich langsam den Damm entlanggefahren, um ihn am Ueberschreiten des Dammes zu hindern. In diesem Radfahrer erkannte der Zeuge den Angeklagten Fritz Sterdt wieder. Sterdt behauptete dagegen, daß er an jenem Abend andere Kleidung als die vom Zeugen angegebene getragen habe und daß er auch damals kein Rad benutzt habe. Als Schützen bezeichnete der Zeuge den 17jährigen Angeklagten Heinz Heine und den Angeklagten Chall. Auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden bestritt der Zeuge, daß er oder seine Kameraden eine Waffe besessen und selbst geschossen hätten.

Auf eindringliche Vorhaltungen des Rechtsanwalts Rosenfeld über die Bedeutung seiner Aussage, die vielleicht über Tod oder Leben einiger Angeklagter entscheide, blieb der Zeuge dabei, daß er die bezeichneten Angeklagten ohne den leisesten Zweifel wiedererkannt habe. Die Vereidigung des Zeugen wurde einstweilen ausgesetzt.

Mehrere SA-Leute, die zur Zeit der Schießerei in ihrem Verkehrslokal waren, und die keine Angaben über die Täter machen konnten, gaben als Zeugen an, daß sie schon auf dem Wege zum Lokal „verdächtige Gestalten" gesehen hätten, so daß sie sich beeilt hätten, in das Lokal zu kommen. Ein SA-Mann meinte, daß er beim Anblick dieser Leute ängstlich gewesen sei, weil die Uniform, die er trage, immer aufreizend und auffallend wirke. Ein anderer SA-Mann sprach davon, daß die Leute unbekannte Kommunisten gewesen seien.

Die Witwe des erschossenen SA-Mannes Gatschke berichtet, daß ihr Mann, der immer Nationalsozialist gewesen sei, eine Zeitlang Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen sei, da er damals bei Notstandsarbeiten beschäftigt war und dort zum Eintritt in die Kommunistische Partei durch Drohungen gezwungen wurde. Er habe auch für die Kommunisten Gelder kassieren müssen. Wenn er wieder aus der Kommunistischen Partei ausgetreten sei, wisse sie nicht, im Frühjahr dieses Jahres sei er jedenfalls in den Sturm 33 eingetreten.

Der preußische Konflikt

In dem Konflikt zwischen der preußischen kommissarischen Regierung und der aus Nationalsozialisten und Kommunisten bestehenden Landtagsmehrheit haben die Nationalsozialisten einen Rückzug angetreten. Sie haben in der gestrigen Landtagssitzung, über deren Verlauf wir an anderer Stelle der heutigen Ausgabe berichten, eine Erklärung abgegeben, in der der damalige Landtagsbeschluß, der bekanntlich die Beamten und Angestellten des Staates zur Dienstverweigerung gegenüber der verfassungswidrigen kommissarischen Regierung aufrief, zurückgenommen wurde. Darüber hinaus haben sie einen Antrag eingebracht, in welchem gesagt wird, soweit die Reichsauffassung und die Verfassung des Landes Preußen von der kommissarischen Regierung geachtet werden, sei es Pflicht der Beamten und Staatsangestellten, die Verfassung ebenfalls zu achten und zu schützen.

Die Regierung ist jedoch mit diesem blamablen Rückzug der Nationalsozialisten noch nicht zufrieden, sie verlangt vielmehr einen noch eindeutigeren Widerruf des damaligen Landtagsbeschlusses. Dieser Absicht der Regierung dient insbesondere ein deutschnationaler Antrag, in dem in sehr scharfer Formulierung gesagt wird, der Landtagsbeschluß vom 30. August werde als gesetzwidrig aufgehoben. Aus Regierungskreisen wird erklärt, daß die Regierung eine Ablehnung dieses Antrages nicht hinnehmen würde, sondern dann schärfere Maßnahmen „zur Sicherung von Ruhe und Ordnung des Staates gegenüber dem Landtag" ergreifen müsse.

Schließlich liegt noch ein Antrag des Zentrums vor, der in einer Kompromißformulierung der Erwartung Ausdruck gibt, daß die preußischen Beamten auch fernerhin ihre Pflicht treu erfüllen würden. Ueber alle diese Anträge wird in der heutigen Landtagssitzung entschieden werden.

Thüringer Gemeinde-Wahlen am 6. November?

Weimar, 21. September.

CNB. Das thüringische Innenministerium erwägt, aus Ersparnisgründen die in diesem Jahre fälligen Thüringer Kommunalwahlen, die nach der Gemeinde- und Kreisordnung am ersten Sonntag im Dezember stattzufinden haben, zugleich mit den Reichstagswahlen am 6. November abhalten zu lassen.

Justiz-Skandal in Liegnitz?

Schwere Zusammenstöße mit der Verteidigung — Verteidigung in Fesseln — Meineidsverfahren gegen Kriminalkommissar Peters? — Teilweise grundlose Verhaftungen

(Sonderbericht der SAZ)

Liegnitz, 21. September.

Am Mittwoch vormittag wurden weitere Entlastungszeugen vernommen. Die Zeugen Schmidt und Tilgner bezeugten, daß Späte bis 3/4 7 in Panten beim Probelager der Kinderfreunde gewesen sei, der Zeuge Pohl hat ihn kurz vor 7 auf der Heimfahrt nach Liegnitz gesehen Um 1/8 war Späte verhaftet worden. Trotzdem behält Kommissar Schneider seine Aussage aufrecht, daß Späte mindestens eine Stunde sich als Rädelsführer betätigt habe. Dagegen muß Schneider seine Aussagen in Bezug auf Moser zum Teil zurückziehen, da er den Angeklagten mit seinem Bruder verwechselt hatte.

Die übrigen Zeugen bekundeten wieder, daß Kommissar Peters übermäßig auf die Leute eingeschlagen habe. So habe Peters auch zu Späte geäußert: „Auch Sie, Herr Stadtrat Späte, müssen weitergehen." Peters bestreitet das aufs entschiedenste, da er Späte damals noch nicht gekannt habe. Als weitere Zeugen dasselbe bekundeten, sagte er, es sei möglich, daß er „im Unterbewußtsein" den Namen Späte genannt hätte. Als hier die Verteidigung Protokollierung der einzelnen Zeugenaussagen beantragt, und zugleich ein anderweitiges Vorgehen gegen Peters in Aussicht stellt,

lehnt das Gericht die Protokollierung ab

und wendet sich mit einer scharfen Erklärung gegen die Verteidigung, die durch ein „turbulentes Verfahren" und Androhung eines Meineidsprozesses die Zeugen zu beeinflussen suche. Als die Verteidigung um eine Pause bittet, um auf diese schweren Vorwürfe mit einer Gegenerklärung zu antworten, wird diese abgelehnt.

Darauf verlassen die 4 Verteidiger unter Protest den Saal

auf kurze Zeit.

Als bei der weiteren Vernehmung die Verteidigung einen Zeugen fragt, ob Peters auch auf Frauen und Kinder eingeschlagen habe, lehnt das Gericht diese Frage ab,

„da ja nicht die Beamten angeklagt wären".

Auch in der Behandlung der Zeugen zeigt sich die Klassengebundenheit des Gerichtes. Abgesehen von der Nichtvereidigung der Entlastungszeugen dürfen die Polizeibeamten auch an andere Zeugen Fragen stellen, während einem Zeugen, der seine Aussage ergänzen wollte, bekundet wurde, er dürfe nur „berichtigen".

Dann wurden die Zeugen für die übrigen Angeklagten vernommen. Der Jungbannermann Krause soll einen Polizeibeamten mit dem Stock bedroht haben. Entlastungszeugen geben an, daß er den Stock gerade aufgehoben habe, als ein Beamter mit dem Gummiknüppel auf ihn losging; dabei habe er die Hand mit dem Stock zum Schutze erhoben.

Der Angeklagte Hauke war in einem Gedränge hingefallen und dabei auf ein Schupoauto verladen worden. Die Beamten bekunden selbst, daß nichts vorgelegen habe. Ebenso wurde Genosse Gerschau verhaftet, ohne daß heute einer der Polizeibeamten wüßte, weshalb. Der Nachmittag ist sitzungsfrei.

Die Arbeit in der Kommunal-Verwaltung

Am Donnerstag, den 22. September, tritt das Stadtparlament in Breslau nach einhalbjähriger Pause wieder das erstemal zusammen.

Es gab eine Zeit in Deutschland, da schien es so, als wenn im Rahmen der Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Wohnungswesens, der kommunalen Fürsorge, der öffentlichen Betriebe und des Erziehungswesens grundlegende Schritte auf dem Wege zum Sozialismus getan werden könnten. Solange die kapitalistische Wirtschaft einigermaßen funktionierte, konnten die Stadtparlamente und Gemeindevertretungen durch Beschlüsse und Verfügungen Einrichtungen von entsprechenden Institutionen tatsächlich eine Menge tun, um der Bevölkerung einen größeren Anteil am Sozialprodukt der Wirtschaft zu sichern.

Seit die Folgen der Wirtschaftskrise in ungeheurer Wucht auf der kapitalistischen Wirtschaft lasten, werden alle diese Einrichtungen in dem Moment, wo sie erst besonders wirksam werden sollen, auf dem Verordnungswege von Reich und Ländern abgebaut. Die Selbstverwaltung ist in einer Weise eingeschränkt und behindert, daß man von einer wirklichen Selbstverwaltung überhaupt nicht mehr reden kann. Auch hier zeigt sich, daß im niedergehenden Kapitalismus die Parlamente nur noch ein Scheindasein führen und daß die herrschende Klasse mit brutaler Gewalt die Stadtverwaltung zwingt, auch ihrerseits dazu beizutragen, um den kapitalistischen Ausweg aus der Krise möglich zu machen. Für die reformistisch Sozialdemokratische Partei galt in der Nachkriegszeit die Erkenntnis, daß in den Kommunalparlamenten und in der Kommunalverwaltung die Grundlagen und die Anfänge einer sozialistischen Wirtschaftsführung und Beeinflussung gelegt werden. Landräte, Bürgermeister der Sozialdemokratischen Partei galten in ihrem Sinne als Vorkämpfer auf dem Gebiet der Gemeinwirtschaft.

Der größte Teil dieser Vertreter haben sich im Laufe der Jahre zu biederen und treuen Beamten entwickelt, die wenig oder gar keine Fühlung mit dem Proletariat mehr haben. Ein anderer Teil ist entsprechend der Konjunktur entweder neutral geworden oder aber (die Fälle sind nicht selten) sogar ins feindliche Lager übergegangen: Bürgermeister in Dresden, Gera, Wittenberge usw. Wir sind der Ueberzeugung, es werden noch viele auf diesem Wege folgen. Auch diese Machtpositionen sind nur Machtpositionen der herrschenden Klasse und niemals solche des Proletariats.

Die ganze Lächerlichkeit und Verlogenheit dieser Kommunalparlamente offenbart sich, wenn sie es nicht wagen, Anträge, die von revolutionären Parteien gestellt werden, abzulehnen, weil sie sicher sind, daß der Magistrat diese Anträge nicht durchführen wird oder die Aufsichtsbehörde schon dafür sorgen wird, daß die Anträge abgelehnt werden. So werden wir auch in den nächsten Tagen wieder erleben, daß das hiesige Stadtparlament Beschlüsse faßt über die Versorgung der Wohlfahrts-Erwerbslosen, die Winterhilfsmaßnahmen gegen den Lohnraub usw. Alle Parteien werden vor der breiten Oeffentlichkeit dafür stimmen, trotzdem es ihnen nicht ernst ist um die Verwirklichung dieser Anträge.

Der Sitzung des Preußischen Landtages liegen Anträge der NSDAP und KPD vor zur Vorverlegung der Kommunalwahlen auf den 6. November, mit der Reichstagswahl zusammen. Wir würden jede Möglichkeit begrüßen, in der breitesten Oeffentlichkeit den Kommunalwahlkampf zu führen, um zu zeigen, in welcher Weise der Oeffentlichkeit, vor allen Dingen der Arbeiterschaft in Breslau, in den letzten Jahren Arbeiterfreundlichkeit vorgegaukelt worden ist. Die SAP hat zur ersten Sitzung die notwendigen Anträge gestellt für die Winterhilfsmaßnahmen zum Besten der notleidenden Bevölkerung. Wir sind uns aber bewußt, daß es nicht genügt, diese Anträge zu stellen, daß es auch nicht genügt, wenn sie in diesem Scheinparlament angenommen werden, sondern daß es notwendig ist, alles zu tun, um außerparlamentarisch den Druck auf sämtliche öffentliche Stellen so zu verstärken, daß diese Beschlüsse auch durchgeführt werden.

Gasvergiftungs-Tragödie

In Oswitz wurde die Witwe Anna Krause mit ihren vier Kindern im Alter von 11 bis 4 Jahren in ihrem Schlafzimmer in den Betten bewußtlos, gasvergiftet aufgefunden. Der 12jährige Sohn Erwin hatte in der Küche geschlafen. Als er früh munter wurde, war er sehr benommen und spürte einen intensiven Gasgeruch. Er lief in die Nachbarwohnung und machte Mitteilung. Darauf fand man die übrigen fünf Personen bewußtlos auf. Das kleinste Kind im Alter von 4 Jahren verstarb auf dem Transport ins Krankenhaus. Bei den übrigen besteht keine Lebensgefahr. Bereits vor einigen Tagen hatte man im Hause Gasgeruch wahrgenommen, der Wahrnehmung aber keine besondere Bedeutung gescheukt, da im Hause keine Gasanlagen sind. Bei der nun vorgenommenen Untersuchung entdeckte man, daß das Gas aus der vor dem Hause liegenden Gasleitung, die etwa 5 m vom Hause entfernt liegt, entströmt war. Das Gas war durch das Erdreich und das Mauerwerk in die Wohnung gelangt. Auch im ersten Stock desselben Hauses hat ein siebenjähriges Mädchen eine geringfügige Gasvergiftung davongetragen. Man ist auf der Suche nach dem schadhaften Rohr. Da in der Gegend verschiedene Erdarbeiten ausgeführt wurden, dürfte sich das Erdreich gesenkt und einen Rohrbruch herbeigeführt haben.

Die Devisenschiebungen in Breslau

Zu den bei der Eisenhandel AG. aufgedeckten Devisenschiebungen wird weiter bekannt, daß der Direktor und der Prokurist mehrere Rechnungsformulare, die sie von Geschäftsfreunden aus Belgien und Westdeutschland erhalten hatten, mit fingierten Warenlieferungen ausfüllten. Für die so vorgetäuschten Import-Geschäfte forderten sie Devisen im Gesamtbetrage von etwa 500 000 Mk. bei der Reichsbank an, die sie auch erhielten. Infolge kleiner Unstimmigkeiten bei den Devisengenehmigungen wurde dann die Sache aufgedeckt.

Die Justizpressestelle meldet zu der Angelegenheit folgendes: Wegen dringenden Verdachtes des Vergehens gegen die Devisenbestimmungen ist der Direktor einer hiesigen Eisenhandelsfirma verhaftet worden. Gegen den Prokuristen, der sich zur Zeit in der Tschechoslowakei befindet, ist ein Steckbrief erlassen worden. Sie werden beschuldigt, von der Reichsbank durch Vorlage unrichtiger Unterlagen höhere Devisenbeträge erhalten zu haben, als solche der Firma sonst zugestanden hätten. Der Wert der Devisen, für den die Reichsbank den Gegenwert in Reichswährung erhalten hat, wird auf einige hunderttausende Mark geschätzt. Die Banknoten der Firma und zwei Läger sind zur Sicherung von Strafe und Kosten beschlagnahmt worden. Ihr Gesamtwert dürfte 60—65 000 Mk. betragen. Nähere Einzelheiten über den Zweck der Devisenbeschaffung sind noch nicht bekannt. Der Staatsanwalt wird voraussichtlich zur weiteren Aufklärung der Sache die gerichtliche Voruntersuchung beantragen

Die unbekannte Tote

Liegnitz, 21. September.

Am 14. d. Mts. ließ sich, wie seinerzeit berichtet, auf der Bahnstrecke Pansdorf-Liegnitz in der Nähe von Waldau eine unbekannte Frau vom Eisenbahnzug überfahren. Sie hatte offenbar kurz zuvor ohne Hilfe entbunden. Auch das neugeborene Kind wurde getötet. Die Leiche der unbekannten Frau und die Kindesleiche wurden in die Leichenhalle in Liegnitz geschafft.

Völlige Niederlage der Anklage-Behörde

Von 15 Angeklagten 11 freigesprochen — Breslauer Sondergerichts-Prozeß

Sang- und klanglos, wie er verlaufen, ging gestern der Prozeß gegen unsere Genossen und die Genossen der KPD und SPD, die im Zusammenhang mit den Vorfällen nach der Beerdigung des Arbeitersportlers Günther des Landfriedensbruchs angeklagt waren, dem Ende zu. Wie schon am ersten Verhandlungstag brach auch am zweiten die Anklage weiter in sich zusammen. Es ging zunächst um den Fall Zimmer, Thamm und Geistert, die von den Polizeibeamten beschuldigt waren, den Polizeiwachtmeister Simmer zu Boden geschlagen zu haben. Dabei bekundeten die Belastungszeugen, daß Zimmer an diesem Tage mit einem weißen, die Entlastungszeugen, daß er mit einem blauen Hemd bekleidet gewesen sei, ohne daß hierüber eine Klarheit zu erzielen gewesen wäre. Von den mehr als 40 Zeugen, die dann noch vernommen wurden, entlastete der größte Teil die Angeklagten in einer Weise, daß man noch mehr als am Vortage den Eindruck hatte, dieser durch nichts begründete Monstreprozeß müsse nur aus formalen Gründen zu Ende geführt werden. Auf den Charakter der Aussagen der nationalsozialistischen Zeugen, die schon gestern unter dem Druck der eidlichen Vernehmung ihre leichtfertigen Bezichtigungen zurücknehmen mußten, warfen auch am zweiten Verhandlungstage einige kleine Vorfälle ein bezeichnendes Licht. So stellte sich heraus, daß die Familie Baumgart, deren Angehörige besonders den angeklagten SPD-Genossen Sedlaczek belasteten, bereits seit langem mit diesem in Streitigkeiten lebten, und typisch war auch die Aeußerung desselben Zeugen auf dem Korridor noch vor Beginn der Plädoyers: Sedlaczek müsse eine schwere Strafe erhalten und dazu noch „täglich 25 übergezogen kriegen". Die Staatsanwaltschaft, deren Anklage in diesem Prozeß so kläglich zusammengebrochen war, legte trotz dieses Prozeßbildes den größeren Wert auf die Bekundungen der Belastungszeugen, um die eigene Niederlage zu verdecken und wenigstens den Anschein der Berechtigung der Anklage aufrechtzuerhalten.

Der Staatsanwalt beantragte für die drei Angeklagten Zimmer, Thamm und Geistert nicht weniger als 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, für Sedlaczek 1 Jahr, für den Genossen Nixdorf 5 Monate und für die Genossen Lippich und Grossert und die Angeklagten Griesch, Dyirt und Luise Dominik je drei Monate Gefängnis. Für die übrigen wurde Freispruch beantragt.

Die Verteidigung beantragte mit Recht für sämtliche Angeklagte Freispruch, wobei Genosse Eckstein besonders den politischen Hintergrund jener Vorfälle aufzeigte und betonte,

eine wie unzweckmäßige Handlung die plötzliche polizeiliche Ueberführung der Leiche Günthers von der Maxklinik auf den Friedhof gewesen wäre, ohne daß man die Arbeiterorganisationen, deren Mitglieder sich zu Tausenden vor der Maxklinik eingefunden hatten, rechtzeitig verständigt hätte.

Das Gericht, das sich unter dem Vorsitz des Landesgerichtsdirektors Kaempf einer anerkennenswert sachlichen Verhandlungsführung befleißigte, fällte in den späten Abendstunden ein für die Anklagebehörde geradezu vernichtendes Urteil. Es sprach 11 von den 15 Angeklagten frei und erkannte lediglich für den Genosse Nixdorf auf 4 Monate, für den Angeklagten Zimmer auf ein Jahr und die Angeklagten Thamm und Geistert auf je 8 Monate Gefängnis. Dabei gab das Gericht zu, daß es nicht erwiesen sei, ob die Angeklagten Thamm und Geistert überhaupt die ihnen zur Last gelegten Handlungen begangen hätten oder nicht. Das Ergebnis ist also ein vernichtendes Urteil gegen die Anklagebehörde, die in der leichtfertigsten Weise fünfzehn Proleten auf die Anklagebank brachte und vor aller Oeffentlichkeit aufs schwerste belastete.

Und ferner rückte der Prozeß einmal den Wert der Aussagen der nationalsozialistischen Zeugen ins rechte Licht, deren bewußt und unbewußt parteiliche Bekundungen täglich unzählige Proleten in den Kerker bringen.

E. K.

Selbst- oder Fememord?

Was geht im braunen Hause vor?

Aus ganz zuverlässiger Quelle wird uns nachträglich aus dem Augusta-Hospital gemeldet:

„Heute, am 16. September, 12 Uhr, wurde der Burghardt Stein, geboren am 9. Dezember 1913 zu Hildesheim, wohnhaft im Braunen Hause, Neudorfstraße 41, in das Augusta-Hospital eingeliefert, weil er sich selbst Schüsse beigebracht hatte. Zwei Lungen durchschossen.

Sonderbar, wir haben sämtliche Polizeiberichte gründlich durchstudiert, von einem Bericht aber, der diesen Vorfall behandelt, haben wir nichts bisher gefunden. Warum schweigt die Polizeipressestelle hierzu?

Wie wir hören, hat der Vorfall sich im Braunen Hause ereignet.

Ein Sturmtruppführer erschien bei der Polizei und meldete, daß der SA-Mann Stein sich aus selbstmörderischer Absicht zwei Lungenschüsse beigebracht habe. Es erschien zwar daraufhin eine Streife, aber nicht die Kriminalpolizei und die Mordkommission, die doch sonst immer gleich zur Stelle sind.

Auffälligerweise lag der Schwerverwundete nicht dort, wo ihn die SA-Kameraden gefunden hatten. Auffällig, daß man den Schwerverletzten ins Augusta-Hospital und nicht ins Wenzel-Hancke-Krankenhaus, das doch in der Nähe vom Braunen Hause liegt, geschafft hat.

Unter den SA-Leuten glaubt keiner an Selbstmord. Es liegt nahe, diesen Vorfall mit den Rebellionsvorgängen innerhalb der schlesischen Stürme in Verbindung zu bringen. Die proletarische Oeffentlichkeit interessiert darüber hinaus, ob wohl die Behörden sich ernstlich mit der Aufklärung dieses geheimnisvollen Vorfalls beschäftigen werden.

Dreimal Flucht aus dem Wohlfahrtsstaat

Breslau, 21. September.

Der 25jährige Maßschneider Wilhelm P. wurde in seiner Wohnung in der Mühlgasse erhängt aufgefunden. Das Motiv zu diesem Selbstmord ist in Wirtschaftssorgen und Schwermut zu suchen.

•

Bewohner eines Grundstücks in der Steinstraße bemerkten einen intensiven Gasgeruch. Man stellte fest, daß Gas aus einer im Hochparterre des Grundstücks gelegenen Wohnung entströmte. Die benachrichtigte Polizei fand die 26jährige Frieda Z. gasvergiftet tot vor. Aus hinterlassenen Briefen ging hervor, daß der Selbstmord infolge Liebeskummer verübt worden war.

•

Die 35 Jahre alte Ehefrau Elfriede K. wurde in ihrer Wohnung in der Fröbelstraße gasvergiftet tot aufgefunden. Familienzwistigkeiten sind der Anlaß zu dem Selbstmord, wie aus hinterlassenen Briefen hervorgeht.

Immer noch!

Breslau, 21. September.

In Weidenhof und Guckelwitz ist je eine Erkrankung an spinaler Kinderlähmung festgestellt worden.

Wohin?

Breslauer Volksbühne. Für die Gerhart Hauptmann-Ausstellung im Kunstgewerbemuseum, Graupenstraße, erhalten unsere Mitglieder — gegen Vorzeigen der Mitgliedskarten — ermäßigte Eintrittskarten zum Preise von 20 Pfg. statt 30 Pfg. Die Ausstellung ist geöffnet wochentags: von 9—14 Uhr und Sonntags von 11—14 Uhr. Für die Volks-Sinfonie-Konzerte stehen allen unseren Mitgliedern (auch denjenigen, die nicht in der Konzertgemeinde abonniert sind) zu den einzelnen Konzerten ermäßigte Eintrittskarten zum Preise von RM. 1,35, 1,10 und 80 Pfg. in unserer Geschäftsstelle, Schweidnitzer Straße 4a, zur Verfügung.

Bezirkskonferenz der SAP für Schlesien

Der Bezirksvorstand der SAP für Schlesien ruft hiermit für Sonnabend, den 24., und Sonntag, den 25. September, eine Bezirkskonferenz nach Breslau ein.

Sonnabend

den 24. September, 19 Uhr, im Lokal „Lessing", Adalbertstraße 10

Delegierten-Konferenz.

Tagesordnung: 1. Bericht 2. Zeitung 3. Bezirksvorstandswahl

Sonntag

den 25. September, 9.30 Uhr, im „Bergkeller", Kletschkaustraße, Politisches Referat des Genossen Claus Zweiling-Berlin:

„Die politische Lage und die Aufgaben der SAP"

Für Sonntag ist die gesamte Mitgliedschaft herzlich eingeladen.

Der Bezirksvorstand.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Telefon 567 68.

Die Sturmfahnen sämtlicher Distrikte müssen bis Sonnabend spätestens 5 Uhr im Lokal „Zum Lessing", Adalbertstr. 10, abgeliefert werden.

Für die Delegierten zu unserer Bezirkskonferenz am Sonnabend, den 24. und Sonntag, den 25., werden noch eine Menge Nachtquartiere benötigt. Wir bitten alle Parteigenossen, die jemanden aufnehmen können, ans Parteibüro sofort Meldung zu machen.

SAP-Freidenker-Funktionäre. Sonnabend, den 24. 9., 20 Uhr, im Parteisekretariat wichtige Besprechung. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingte Pflicht.

Kleine Sportnachrichten

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Freitag, 23. September, 20 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses Vereinsvorstandssitzung. Hierzu sind sämtliche Abteilungsvorsitzende dringend geladen.

12. Frauen-Abteilung FTB. Am kommenden Dienstag fällt das Musikturnen aus. Dasselbe findet am Freitag, den 30. 9. statt.

STADTTHEATER
Donnerstag 19.30 — geg. 23 Uhr
Der Zarewitsch
Freitag, 20 — 22.45 Uhr
in vollständiger Neuinszenierung
Der fliegende Holländer
Sonnabend, 20 — 22.30 Uhr
Der Opernball

LOBETHEATER
Donnerstag, Freitag 20.15 — 22.40 Uhr
Schuster Anton Hilf
Sonnabend, 20.15 Uhr (u. tägl.)
Neueinstudiert:
Spiel im Schloß
Anekdote von Franz Molnar

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15 — 22.20 Uhr
Die versunkene Glocke

Der echte
KAFFEE HAG
Stets frisch bei:
Paul Biehl
Kolonialwaren
9% Rabatt
Alsenstr. 13 und Alsenstraße 89

„Der Niedergang des deutschen Kapitalismus"
von Fritz Sternberg
Ladenpreis 9 Mark
Genossen und Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für **4.50 Mark.** Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Kleine Holzstraße 3.

Die große „Prager"-Woche ist wieder da!
Prager bringt besonders dafür bereitgestellte Riesenmengen
Ulster-Paletots, Ulster und Paletots
Strassen-Anzüge, Smoking-Anzüge, Loden-Mäntel, Joppen u. Hosen
eigener Anfertigung,
jedes Stück seinem Wert entsprechend eine Meisterleistung an Stoff, Zutaten und sorgfältigster Verarbeitung
zu sensationell durchschlagenden Ausnahme-Preisen,
wie Breslau und Umgebung noch nicht gesehen hat.
Kommen, Sehen, Staunen, denn alle Prager-Fenster zeigen Ausnahme-Preise! Das ganze Haus steht im Zeichen der preisverbilligenden „Prager"-Woche! Wie immer bei Prager: Alles für die Güte der Ware! Nichts für warenverteuernde Aufmachung.

L. Prager
Breslau Albrechtstr. 51 Eingang nur Ecke Schuhbrücke

Wo decke ich meinen Bedarf?

ZENTRUM

Drogen Farben Foto **Matthias** Gartenstraße 10

Schuh-Reparaturen
nur
Schuh-Hilfe, Breite Str. am Neumarkt
Fachmännische Leitung

Sport und Funk
billigste und beste Bezugsquelle für alle Sportartikel und Radio-Geräte
Schweidnitzer Straße 20/21
(neben der Dorotheenkirche)

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus **Blasse** nur Graupenstr. 6/10

Richard Pusch
Ritter-Drogerie
Messergasse Nr. 37
DROGEN - FOTO

Butter, Käse, Eier, Schmalz, Margarine nur bei
Carl Jos. Kessler, Inh. G. Klein
Friedrich-Wilhelmstr. 29, Klosterstr. 47
Markthalle Gartenstr., Stand 125/126.
Bismarckstraße 27

Kinderwagen · Kinderbetten
Korbmöbel · Liegestühle
Jonas, Reuschestr. 40 (am Königsplatz)

Genossen! Unterstützt mein Unternehmen. Ich gewähre Euch 5% Rabatt
Wolf Fischer - Schuhe und Lederwaren
Reuschestraße 50 (rechts vom Königsplatz)

Genossen! **Fleisch- u. Wurstwaren**
nur bei
Reinhold Reichelt
Neumarkt 14

Wände- und Deckenreinigung
mit „Wandon" führt aus
Tapetenhaus Ursulinerstraße Nr. 7a
Inh.: G. Kleiner, Tel. 212 85, z. Selbstverarb. „Wandon" Pfd. 70 Pfg.

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei **Gutsche — Überall** empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!
Grüschener Straße 19/21 · Bohrauer Straße 43 · Peststraße 7 · Moltkestraße 14

Werbt Abonnenten!

ODERTOR U. SCHEITNIG

Richard Gelse ff. Fleisch- u. Wurstwaren Bismarckstraße 24

Leder billigst bei **K. Becker** Gneisenaustraße 5

Schuhvogel
Friedrich-Wilhelmstr. 58
Scheitniger Straße 12

Reserviert!
Nr. 101

Fahrräder bei mir schon ab 31,50
Bereifungen, Ersatz- und Zubehörteile ganz besonders billig
Achten Sie genau auf die Adresse **Paul Eichler Adalbertstr. 26**

Wilhelm Kupczyk
Schweidnitzerstraße 51
Kolonialwaren Lebensmittel

Bäckerei u. Konditorei Karl Pusch
Hedwigstraße 22
Filiale: Sternstraße 132 — Carlowitzermarkt 11

Richard Karsunky & Co
Möbel
Rosenthaler Str. 2, Ecke Matthiasstr.

Genossen und Genossinnen!
Welcher Geschäftsmann legt Wert auf Eure Kundschaft und Euer Geld?
Nur der, der bei uns inseriert,
deshalb kauft nur bei unseren Inserenten!

Kläglicher Umfall der Nazis

Sie nehmen ihren Beschluß über Dienstverweigerung der Beamten zurück — Landtagsauflösung abgelehnt

Berlin, 21. September.

VDZ. Der Preußische Landtag trat am Mittwoch nach etwa dreiwöchiger Pause wieder zusammen. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt; lediglich die Regierungsbank blieb leer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Hinkler für die nationalsozialistische Fraktion folgende Erklärung ab:

Die Fraktion hat am 30. August dem kommunistischen Antrag zugestimmt, da am gleichen Tage auf Anordnung der kommissarischen preußischen Regierung sämtlichen Ministerialbeamten im Gegensatz zu den Gepflogenheiten der früheren Regierung und im Gegensatz zu den Rechten der Volksvertretung verboten war, die Räume des Landtags überhaupt zu betreten und ihrer pflichtgemäßen Berichterstattung der Volksvertretung gegenüber nachzukommen. In den letzten drei Wochen hat die preußische Regierung — wohl unter dem Druck dieser Entscheidung — sich bemüht, weitere Verfassungsverletzungen gegenüber der Volksvertretung zu vermeiden. Die nationalsozialistische Fraktion erklärt dazu, daß sie nicht daran denke, von sich aus gegenüber einer im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handelnden Regierung die Beamten und Staatsangestellten zu einer Verletzung ihrer Pflichten aufzufordern. (Lachen links.) Soweit sich die Reichskommissare von Papen und Dr. Bracht unter dem Druck des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, an dessen Verfassungstreue Zweifel nicht bestehen (erneutes Lachen links), im Rahmen der auch von ihnen beschworenen Verfassung halten, sieht es die Fraktion der Nationalsozialisten für eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten und Staatsangestellten an, auch ihrerseits Verfassung und Gesetz in preußischer Pflichterfüllung zu beachten (Andauerndes Gelächter links.)

Abg. Jürgensen (SPD) bringt mehrere Anträge seiner Fraktion ein. U. a. soll die polizeiliche Haussuchung im Reichstag, die gegen die Reichsverfassung verstoße, zum Gegenstand einer Untersuchung durch den Polizeiuntersuchungsausschuß gemacht werden. In einem weiteren Antrag erhebt die sozialdemokratische Fraktion allerschärfsten Protest gegen den Inhalt der Besprechungen zwischen dem Reichspräsidenten und dem Landtagspräsidenten. Der Landtagspräsident sei nicht berechtigt, im Namen des Landtags ohne Auftrag Verhandlungen zu führen. Der Antrag verlangt, daß der Landtag das Verhalten des Präsidenten nicht billige. Schließlich soll die Staatsregierung ersucht werden, alle von den Sondergerichten gefällten Urteile mit größter Beschleunigung nachzuprüfen und Strafen von unverhältnismäßiger Höhe herabzusetzen. Außerdem soll die Verordnung über die Bildung von Sondergerichten dahin abgeändert werden, daß vor dem 12. August begangene Straftaten nicht mehr vor einem Sondergericht verhandelt werden dürfen.

Das Haus beschließt, den ersten dieser Anträge über die Haussuchung im Reichstag dem Polizeiuntersuchungsausschuß zu überweisen. Gegen die Aufsetzung des zweiten Antrages über das Verhalten des Landtagspräsidenten wird von nationalsozialistischer Seite Widerspruch erhoben, während der Antrag bezüglich der Sondergerichte mit einem entsprechenden Punkt der heutigen Tagesordnung verbunden wird.

Abgeordneter Kasper (KPD), der dann das Wort erhält, beginnt seine Ausführungen mit den Worten: „Der Brecht-Kerrl...“ Bei diesem Ausspruch entsteht bei den Nationalsozialisten große Erregung, während bei den Kommunisten Händeklatschen und Beifallsrufe laut werden.

Präsident Kerrl schließt den Abgeordneten Kasper wegen grober Verletzung der Ordnung von der Sitzung aus.

Abg. Schwenk (KPD) bringt einen kommunistischen Urantrag ein, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Minister des amtsenthobenen Kabinetts Braun weiter ihre hohen Bezüge und Aufwandsentschädigungen beziehen und ihre Dienstwohnungen und ihre Dienstautos benutzen. Der Antrag fordert, daß diesem Zustand unverzüglich ein Ende gemacht wird.

Abg. Pieck (KPD) bringt den Antrag ein, der Landtag wolle seine Auflösung zum 5. November 1932 beschließen. Neuwahlen sollten spätestens am 6. November stattfinden.

Da sich kein Widerspruch gegen den Antrag erhebt, wird sofort ohne Aussprache darüber abgestimmt. Für den kommunistischen Antrag stimmen die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Deutsche Staatspartei. Der Antrag ist also abgelehnt.

Abg. Steinfurth (KPD) wendet sich dagegen, daß der Beschluß des Landtages, die politischen Notverordnungen aufzuheben, bisher nicht durchgeführt worden sei, daß aber die Verbote proletarischer Zeitungen und Zeitschriften sich dauernd mehrten. Er beantragt, die Zeitungsverbote sofort aufzuheben, den Berliner Polizeipräsidenten Melcher seines Amtes zu entheben und seine Stelle nicht wieder zu besetzen.

Der Antrag wird mit der Tagesordnung verbunden.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein und überweist zunächst fast 200 Anträge den einzelnen Ausschüssen.

Es folgt die Beratung von Bergwerksanträgen.

Abg. Ligendzer (KPD) spricht von den unzureichenden Löhnen im Bergbau und tritt für eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau und eine internationale Verständigung in dieser Frage ein.

Präsident Kerrl teilt mit, daß er nach Einsichtnahme in das Stenogramm den Ausschluß des Abg. Kasper (KPD) zurücknehme, zumal nun mitgeteilt worden sei, daß der Ausdruck nicht böse gemeint war.

Es folgt die Beratung der Notverordnung vom 14 Juli 1932 über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932, die noch von der Regierung Braun erlassen worden ist.

Abg. Kasper (KPD) kritisiert besonders die Einsparungen auf kulturellem Gebiet. Die Ausgaben auf dem Gebiet der Volksschulen und Lehrerbildung wurden um 138,5 Millionen Mark eingeschränkt.

Der Redner wendet sich dann der gegenwärtigen Lage in Preußen zu und führt dabei aus, die Nationalsozialisten seien, wie auch aus ihrer heutigen Erklärung hervorgehe, fortgesetzt unter der Fuchtel des Herrn von Papen auf dem Rückzuge. Obgleich die Nationalsozialisten im preußischen Landtage die Schlachtsteuer als staatlichen Diebstahl bezeichnet hätten, habe die nationalsozialistische Regierung in Oldenburg ebenfalls die Schlachtsteuer eingeführt.

Abg. Hellmann (Soz.) bezeichnet es als bemerkenswert, daß in dieser großen politischen Aussprache die größte Partei des Hauses noch nicht das Wort genommen und daß bisher außer den Kommunisten und den Sozialdemokraten sich niemand zum Wort gemeldet habe. Den jetzt Regierenden sei es ganz gleichgültig, was der Landtag beschließe. Die preußische Volksvertretung sei ohne jeden politischen Einfluß. Die Verantwortung der Nationalsozialisten für die Regierung Papen besteht fort. Sie (zu den Nationalsozialisten) dachten, es würde ein Uebergangskabinett sein. Sie kennen die preußischen Junker schlecht! Nehmen, was man kriegen kann, und gar nichts hergeben, war schon immer ihre Parole in allen Staats- und Privatangelegenheiten. Jetzt verhandeln Sie (zu den Nationalsozialisten) mit dem Zentrum darüber, wie man die Bundesgenossen von Harzburg wieder aus der Macht haut. Um Verhandlungen mit dem Zentrum irgendeinen Menschen zu beneiden, wäre Vermessenheit (stürmische Heiterkeit rechts und Rufe: Sie sprechen aus Erfahrung!); dazu ist das Zentrum ein viel zu kluger und zäher Verhandlungspartner. Sie führen den Namen Sozialisten mit Unrecht, denn Sie lehnen die Grundforderungen des Sozialismus ab.

Abgeordneter Lohse (NSDAP) erklärt, die kommissarische preußische Regierung habe den alten Etat unverändert übernommen und genau so weiter gewurstelt wie die alte Regierung. Auch in sozialer und kultureller Hinsicht sei nichts geändert worden. Langsam, aber sicher gingen wir auch unter Führung dieser Herren dem Abgrunde entgegen.

Die Steuergutscheine seien etwas so Naives, wie man es wohl selten erlebt habe. Der Nationalsozialismus nehme den Kampf gegen diese Regierung rücksichtslos auf. Sie (zu den Deutschnationalen) nennen sich Monarchisten und haben mit der Zustimmung zum Republikschutzgesetz die Rückkehr des Kaisers verhindert. Hätten Sie vor dem Kriege das Werk Bismarcks besser verwaltet, dann wäre 1918 die Revolution nicht gekommen. Wenn Sie den Kampf von uns wollen, Sie sollen ihn haben!

Abg. Kube (NSDAP) erwidert dem Abgeordneten Hellmann, er habe es mit mädchenhafter Scheu vermieden, zur Tagesordnung zu sprechen. Auf die schönen theoretischen Vorträge über Sozialismus komme es nicht an. Aus den schmerzensreichen Rufen Hellmanns an das Zentrum höre man die tiefenttäuschte Liebe eines Liebhabers heraus, der feststellen müsse, daß sich bei seiner ehemaligen Geliebten Möglichkeiten zur Anknüpfung eines neuen Verhältnisses ergäben. (Große Heiterkeit und Rufe bei den Kommunisten: Sie machen sich ganz gut als Nebenbuhler!) Der Redner wendet sich dann gegen den Reichskanzler von Papen und erklärt: Wir haben den Kampf gegen den Marxismus nicht geführt, damit an die Stelle der sozialdemokratischen Landräte Ihre Landräte treten. Sie können auch nicht auf unsere Gefühle wirken, wenn Sie bei Nacht und Nebel in den Reichstag eindringen und unter dem Vorwand einer Sprengstoffsuche die politische Korrespondenz einer unbequemen Partei beschlagnahmen. Dieses Spiel ist geeignet, den deutschen Staat dem Bolschewismus zu überliefern. Der 6. November wird kein wesentlich anderes Bild zeigen, als der 31. Juli. Wir werden sehen, ob am 7. November Herr von Papen wieder mit einer Handbewegung das Votum der deutschen Nation beiseite schiebt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr: Anträge über den Konflikt mit der kommissarischen Regierung, sozialdemokratischer Mißbilligungsantrag gegen den Landtagspräsidenten Kerrl, Vorverlegung der Gemeindewahlen und zurückgestellte Abstimmungen.

Mit Gummiknüppeln gegen Arbeitslose

Rybnik, 21. September.

In Rydultau im Kreise Rybnik kam es heute mittag zwischen Polizei und Arbeitslosen zu schweren Zusammenstößen. Mehrere hundert Erwerbslose hatten sich vor dem Gemeindeamt versammelt und verlangten unter Drohungen eine Erhöhung der Unterstützungssätze. Da die Stimmung der Menge immer erregter wurde und die Arbeitslosen Anstalten machten, mit Steinen gegen das Gebäude vorzugehen, wurde ein starkes Polizeiaufgebot zu Hilfe gerufen, das unter Anwendung des Gummiknüppels den Platz vor dem Gemeindeamt und die anliegenden Straßen räumte. Dabei erlitten mehrere Demonstranten schwere Verletzungen. Drei von ihnen wurden verhaftet und ins Rybniker Gefängnis eingeliefert.

Im Notschacht abgestürzt

Kattowitz, 21. September.

In einem von Arbeitslosen angelegten Notschacht bei Schoppinitz ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Ein 17jähriger Arbeitsloser stürzte in den etwa 10 Meter tiefen Schacht und blieb dort mit gebrochenem Genick tot liegen. Als er im Augenblick des Sturzes noch gellende Hilferufe ausstieß, eilte ihm ein anderer 50jähriger arbeitsloser Bergmann zu Hilfe. Kaum war dieser in den Schacht eingestiegen, brach er bewußtlos zusammen. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Aus der Erde dringende giftige Gase hatten seinem Leben ein Ende bereitet. Beide Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Ein Justiz-Skandal

In Ulm sitzen schon 6 Monate einige kommunistische Arbeiter in Untersuchungshaft wegen angeblichem Hochverrat und Verrat militärischer Geheimnisse. Obwohl diese ganze Geschichte in ein Nichts zusammenbricht, versucht man mit allen Mitteln eine Blamage der Klassenjustiz zu verhindern, das beweist ja die lange Inhaftierung. Nun geht aber das Reichsgericht nicht dazu über, diese Genossen freizugeben, nein, es hat nicht so Eile, man beraumt auf Ende November (!) eine Haftuntersuchung an. Die KPD hat schon unzählige papierne Proteste losgelassen und Resolutionen gefaßt, aber dabei blieb es. Was kümmert sich das Reichsgericht um diese „parteipolitischen“ Proteste. Auch wir sind der Ansicht, daß solche Proteste nicht viel nützen. Wir sind schon der Ansicht, daß die Forderung nach sofortiger Haftentlassung und Einstellung des Verfahrens zu einer Sache der Klasse, nicht einer Partei gemacht wird, daß diese Aktion auf eine breite Massenbasis gestellt wird. Viele freigewerkschaftlichen Arbeiter werden diese Angelegenheit auch zu der ihrigen machen, denn wir alle haben die gleichen Interessen und den gleichen Kampf. Deshalb: Stellt die Forderung auf eine breitere Grundlage! Wir sind bereit.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

50) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Am Abend war er mitgezogen vors Heuerbüro und ins Direktionsgebäude der HAPAG, nachher ins sozialdemokratische „Echo“, das sich auf den Boden der Tatsachen stellte und einigen Spartakisten die Redaktion überließ. Dann hatte er sich mit seinem Trupp für den nächsten Zug nach Berlin verabredet.

Jetzt spürt er, noch halb im Schlaf, die ungewohnte Wärme, die von der neben ihm liegenden Frau ausgeht, und dabei erinnert er sich: Brummschädel hat den Hausschlüssel gehabt. Sie hatten noch ein langes Ende gehen müssen. Als sie endlich ankamen, lagen die Frauen schon im Bett, weil sie kein Petroleum mehr hatten.

Raumschuh sieht das Fenster heller werden. Lang und schmal ist es und führt auf einen Hof hinaus. Von dem Stück Giebel gegenüber ist der Kalk abgeplatzt. Die Gegenstände im Zimmer sind noch weich und ohne Formen.

Er richtet sich auf. Leise streichelt er das Haar seiner Gefährtin. Hanne heißt sie, und in Neumünster oder Bordesholm ist sie auf den Zug gestiegen. Sie hat weiche Hände, an die er noch manchmal zurückdenken wird.

Um 7 Uhr 40 geht der Zug nach Berlin.

„Eigentlich ist es schade!“ sagt Raumschuh: „Aber wir müssen, wir haben uns mit den anderen verabredet!“

„Na, wenn ihr eben müßt ...“

Und nachher stehen sie auf.

Bonczyk hat mit der anderen in der Kammer geschlafen. Die beiden kommen erst heraus, nachdem Hanne Kaffee gekocht und Tassen auf den Tisch gestellt hat. Es ist schon spät und Bonczyk muß den Kaffee stehend trinken.

Auch auf der Straße ist Bonczyk noch nicht ganz wach.

Wortlos trottet er neben Raumschuh her.

Gewehre haben die beiden nicht mehr bei sich. Die haben sie gestern abend gegen Brownings eingetauscht, die können sie in der Hosentasche tragen. Die Hamburger Straßen haben ihr gewöhnliches Aussehen. Die Kinder sind mit ihren Schulmappen unterwegs. Die Straßenbahnen fahren wieder. Aber an der Dammtorbrücke stehen Soldaten mit roten Armbinden, auch an anderen belebten Straßenkreuzungen. Und der Hauptbahnhof gleicht einem Heerlager.

Von den neun Mann, die von Kiel abgefahren sind, treffen Raumschuh und Bonczyk nur zwei an, einen dritten finden sie im Wartesaal schlafend auf einer Bank.

Der fahrplanmäßige Zug nach Berlin geht nicht.

„Na siehst du, da hätten wir doch noch bleiben können! Es ist sowieso egal, wenn wir auch einen Tag später fahren!“ meint Bonczyk.

„Es wird heute wohl überhaupt kein Zug nach Berlin gehen!“ erklärt ein Bahnbeamter.

„Da hast du's, da können wir doch zurückgehen!“

Aber Raumschuh hört nicht auf ihn. Er ist wieder von dem Getriebe erfaßt — von Harburg sollen Flieger unterwegs sein, um auf Hamburg Bomben abzuwerfen. Raumschuh stürzt auf die Bahnhofswache, Bonczyk und die anderen laufen mit, um Maschinengewehre zu holen und den Fliegerangriff abwehren zu helfen.

Aber die Flieger kommen nicht.

Es war nur ein blinder Alarm.

Scheinbar gibt es in Hamburg nichts mehr zu tun. Die fünf Mann sitzen mit vielen anderen im Wartesaal oder lungern oder stehen in der Halle und auf den Bahnsteigen herum, um eine Fahrgelegenheit aus Hamburg heraus zu finden. Dabei ist ihnen schon gleichgültig, wo die Fahrt hingehen würde, nur ins Innere des Landes hinein, wo die Revolution noch nicht gesiegt hat. Nach einer Stunde finden sie einen Zug, der über Harburg nach Celle und vielleicht weiter bis Hannover geht.

Ohne Ueberraschungen kommen sie bis Celle.

Doch in Celle steht ein großes Aufgebot Infanterie auf dem Bahnsteig. Beim Einfahren springen die Soldaten auf den Zug und durchsuchen die einzelnen Abteile. Die im Zug verteilten einzelnen Gruppen der Matrosen werden sofort von ihnen umringt.

„Ausweise vorzeigen!“

„Wo kommt ihr denn her?“

„Wir kommen von Kiel!“

„Und wir fahren nach Berlin!“

„Aussteigen, — ihr müßt mitkommen!“

„Marsch, auf die Bahnhofskommandantur!“

„Wir steigen nicht aus, fällt uns gar nicht ein!“ —

„Ihr habt uns überhaupt nichts zu sagen. Befehlen lassen wir uns nur vom Soldatenrat Kiel!“

Der Infanterist macht große Augen:

„Soldatenrat? Mensch, — wenn das mein Spieß hört, der wird verrückt, der wird sicher verrückt!“

Der Bahnsteig starrt von Gewehren.

Ein Offizier läuft am Zuge vorbei.

Unteroffiziere mahnen: „Trab, trab! Bißchen schneller!“

Es bleibt den Matrosen nichts anderes übrig, sie müssen aus den Wagen heraus und sich von den Soldaten abführen lassen. Sie werden in einen Holzpferch gesperrt, dreißig Mann sind es.

Die draußen Posten stehenden Soldaten haben Gewehre.

Der nächste Zug bringt wieder Gefangene, wieder Matrosen, diesmal vierzig Mann. Also jetzt sind sie siebzig, es langt noch nicht. Aber die Bretterwände sind nur zusammengenagelt, das haben sie schon festgestellt. Und die Infanteristen lassen mit sich reden.

„Es ist nur wegen unserm Spieß!“ sagen sie. „Der ist so scharf. Vorher war er bei der Wache, hier im Zuchthaus Celle!“

„Und jetzt hat sogar ein Offizier das Kommando übernommen!“

„Wann kommt denn der nächste Zug an?“

„Der muß gleich einlaufen, aus Bremen!“

Der Zug aus Bremen bringt wieder Matrosen, — die Meuterer von den Linienschiffen „Thüringen“ und „Helgoland“, die bald nach ihrer Einlieferung in den Arrest aus Wilhelmshaven abtransportiert wurden und sich während der Bahnfahrt mit den Begleitmannschaften von der Infanterie verbrüdert haben. Beim Einfahren in Bremen haben sie die Revolution ausgerufen. Das war am 6. November, das war gestern. Und heute sind sie nach Celle gekommen, um die seit 1917 im Zuchthaus sitzenden Kameraden zu befreien.

Das alles erzählen sie in wenigen schnellen Sätzen.

Auch die auf dem Gang aufgestellten Infanteristen hören zu.

Und jetzt ist der Holzpferch zu eng geworden.

Nachdem die erste Planke gelöst ist, geht alles sehr schnell. Die Bretterwände fallen auseinander. Die Infanteristen lassen sich die Gewehre abnehmen. Der Spieß, der auf den Tumult hin herbeigelaufen kommt, wird verhaftet. Gleich nach ihm der Bahnhofskommandant, ein Oberleutnant, der noch ganz erstaunt am Tisch sitzt.

Der Bahnhof gehört den Matrosen.

Ein Bootsmaat, ein kleiner Kerl, flink und behende wie eine Katze, gibt Anordnungen und organisiert die revolutionäre Bahnhofswache. Die Matrosen bewaffnen sich. Ein Maschinengewehr wird gebracht.

In der Wachtstube klingelt das Telephon.

„Hier Generalkommando Hannover!“ — schnarrt es.

„Hier Soldatenrat Celle!“ antwortet der Bootsmaat.

Es knackt nur einmal kurz in der Hörmuschel. Der Herr im Generalkommando Hannover hat den Hörer wieder aufgelegt. Die Matrosen lassen sich keine Zeit. Jetzt haben sie wieder Gewehre, sogar ein Maschinengewehr und ausreichende Munition. Sie treten in Gruppenkolonnen an und marschieren in geschlossener Formation mit Gesang durch Celle nach dem vor der Stadt stehenden Zuchthaus. Bonczyk bedauert nur, daß man sich in militärischer Ordnung und der Größe nach aufgestellt hat, und daß er nicht vorn neben Raumschuh marschieren kann.

(Fortsetzung folgt.)

Massen-Kundgebung der roten Einheitsfront in Wesel!

(Eigener Bericht der SAZ)

Der Aktionsausschuß der Einheitsfront hatte die Weseler Arbeiterschaft zum ersten Mal nach der Wahl zu einer öffentlichen Kundgebung aufgerufen. Eine beabsichtigte Demonstration wurde von der Polizeiverwaltung abgelehnt, worauf eine Saalversammlung mit dem Thema: „Die gegenwärtige politische Lage und ihre Folgen für die Arbeiterklasse" angesetzt wurde.

Der große Germania-Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Vor der Eröffnung der Versammlung spielte der neugegründete Fanfarenchor der SJV ein paar Märsche, die allgemeinen Beifall fanden. Dann eröffnete unser Genosse Kirking mit einer kurzen Einleitung die Versammlung und wies besonders darauf hin, daß die gegenwärtige Situation von der Arbeiterschaft eine Aktivität im Kampf um den Lebensstandard erforderte. Allgemein fiel auf, daß der Vorsitzende der SPD sich entschuldigt hatte. Der Aktionsausschuß hatte in seiner letzten Sitzung beschlossen, sich rote Einheitsfront zu nennen. Wie bekannt geworden ist, hat dagegen der pensionierte Gewerkschaftssekretär Spindler, der früher auf dem linken Flügel stand, in der SPD gestänkert. Die Arbeiterschaft nimmt an, daß die Herren Spindler, Lesmann und Gaulke sich schämen, in der Oeffentlichkeit als „Rote" bezeichnet zu werden.

Als erster Redner sprach der Vorsitzende der KPD, der Stadtverordnete Köster. Er geißelte recht eindrucksvoll die letzte Notverordnung der Papenregierung und wies auf die unheilbringenden Folgen für die Arbeiterschaft hin. Die Phrasendrescherei der Nazis beleuchtete er eingehend und verurteilte die verkappten Anbiederungen der SPD-Führer bei den bürgerlichen Regierungen. Zum Schluß verlangte er den gemeinsamen Schutz für Sowjet-Rußland.

Dann sprach der Vorsitzende des Erwerbslosen-Ausschusses, der Genosse Heinrich Knopp. In ausgezeichneter Weise verstand er es, die Not und das Elend der Arbeitslosen zu schildern. Satyrisch, aber sachlich charakterisierte er das herrschende System und forderte den gemeinsamen Kampf. Genau wie der Vorredner war auch er der Auffassung, daß man nicht mit Resolutionen und Protesten, sondern nur in außerparlamentarischen Aktionen und mit einer einigen und geschlossenen Arbeiterschaft den Kampf erfolgreich führen kann.

Als Vertreter der SPD nahm dann das Vorstandsmitglied, der Genosse Willy Twer, das Wort. Er betonte, daß das Gebot der Stunde der Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft in die Einheitsfront sei, um dem Gegner die Macht der proletarischen Klasse entgegenzustellen. Bemerkenswert war die Auslassung von Genosse Twer, daß für ihn die Einheitsfront in dieser Form wichtiger sei als die Eiserne Front.

An Stelle des erkrankten Genossen Schmitz sprach für die SAP der Genosse Rudolf Jakobi. Mit einem kräftigen „Kampfbereit" begrüßte er die Versammlung, die ihrerseits den Kampfruf „Kampfbereit" donnernd erwiderte. Sehr eindrucksvoll vertrat er den Standpunkt unserer Partei in bezug auf die Einheitsfront. Die Illusionen des Parlamentarismus und die „Macht des Stimmzettels" charakterisierte er an den jüngsten Ereignissen sehr treffend. Er schilderte die Machtlosigkeit der Arbeiterklasse in dieser Situation und forderte auf, mit allen Mitteln das angefangene Werk für die Einigung der Arbeiterklasse zu vollenden. Mit dem Gruß „Kampfbereit" schloß er seine temperamentvollen Ausführungen, die von der Versammlung begeistert aufgenommen wurden.

Hierauf schloß unser Genosse Kirking die eindrucksvolle Kundgebung mit der Hoffnung, daß recht bald die Gelegenheit geboten sei, wiederum durch einen Demonstrationszug den Willen zum Kampf in der Oeffentlichkeit kundzutun. Mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationale" schloß die interessante Kundgebung. Kampfbereit!

Der freiwillige Arbeitsdienst in Westfalen

Wohin die Reise geht

Dortmund, 21. September.

Der Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst berichtet: Ende August waren in Westfalen rund 700 Baustellen mit rund 20 000 Dienstwilligen. Das bedeutet von den 105 000 arbeitslosen Jugendlichen in Westfalen 20%. Die sozialdemokratische „Westfälische allgemeine Volkszeitung" druckt den Bericht kommentarlos ab, in dem es heißt: „Die Maßnahmen zur Ertüchtigung der Jugend außerhalb der Arbeit auf der Baustelle, die im Mittelpunkt des freiwilligen Arbeitsdienstes steht, wird gegenwärtig noch von den Verbänden durchgeführt. Auf diesem Gebiete sind in Westfalen Vorbereitungen getroffen, um zu einer Vereinheitlichung des gesamten Ertüchtigungswesens auf überparteilicher und überverbändlicher Grundlage im Dienst der gesamten Nation zu gelangen." (!!)

Merkt man nichts, oder will man nichts merken in der SPD-Redaktion?! Gerade in diesen Tagen entfalten die SPD- und Gewerkschaftsbürokratie eine eifrige Propaganda zur Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst im gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Man will sich beteiligen, „um ihn dem Einfluß der nationalen Verbände zu entziehen."

Ueberparteiliche und überverbändliche Grundlage! Wir wissen, General Stülpnagel, als Präsident des „Reichsjugendkuratoriums" wird schon für die überparteiliche Grundlage Sorge tragen, wie er sie versteht. Mit dem erträumten Einfluß der SPD ist es also schon wieder nichts. Man kann einigermaßen gespannt sein, welche Argumentation sie jetzt zur Befürwortung des FAD erfinden wird.

In Westfalen sind drei Führerlager in der Einrichtung begriffen: Lager Staumühle in der Senne, Ruhrlandheim Bochum-Quernburg und ein Lager in Herdort (Siegerland). Die Arbeiterschaft wird sich diese „Führerlager" unter die Lupe zu nehmen haben.

Wie bereits die SPD-Arbeitsdienstler an ihrer eignen Praxis Schiffbruch erlitten haben, dafür ein Beispiel: Die Dortmunder Arbeiterwohlfahrt hatte 35 Reichsbannerkameraden und SAJler in das städtische Arbeitsdienstlager nach Oldenburg geschickt. Völlig unzureichende Arbeits- und Wohnverhältnisse, dazu ungenießbare Kost löste schon am 2. Tage eine Revolte der 35 Genasführten aus, so daß die Dortmunder Arbeiterwohlfahrt von der Leitung des Lagers zurücktrat. Seitdem arbeiten die Wenigen, die noch nicht die Bündel gepackt haben, unter dem Kommando von Stahlhelm- und Nazihäuptlingen.

Bankrotte „Wirtschafts-Führer" prassen weiter!

Der „Deutsche", das Blatt der christlichen Gewerkschaften, veröffentlicht eine Zusammenstellung darüber, wie gescheiterte Wirtschaftsführer leben. Wir entnehmen ihr folgendes:

„Ten Hompel, der Erbauer des Wiking-Konzerns, dessen Expansionsdrang viele Unternehmungen und tausende Arbeitnehmer ins Elend brachte,

bewohnt auch heute noch seine prächtige Villa, die er in den letzten Jahren immer wieder umbaute, vergrößerte und verschönerte.

Auch geschäftlich ist er nicht müßig, denn er hat nach wie vor Büroräume im Konzernhause in Münster, betätigt sich bei Tochtergesellschaften und verwaltet im übrigen seinen restlichen Besitz an Aktienkapital des von ihm zugrunde gerichteten großen Zementkonzerns.

Auch das Schicksal des Bankiers Schröder, der durch seine waghalsige Kreditpolitik und durch seine Nachlässigkeit als Aufsichtsrat bei der „Nordwolle" nicht allein der Schröder-Bank riesige Verluste brachte, sondern der gesamten deutschen Volkswirtschaft schadete, ist keineswegs trostlos. Er hat immerhin soviel retten können, daß er jetzt wieder Teilhaber einer neuen Firma Rengstorff, Wenke & Co. in Bremen ist und außerdem noch für 100 000 Mark die Teilhaberschaft der Firma J. F. Schröder G. m. b. H. erworben hat.

Nach seiner eigenen Aussage geht es ihm nun wieder recht leidlich.

Hans Friedrich Wriedt, der durch seine geradezu zügellose Expansionspolitik die „Nordsee", Deutsche Hochseefischerei Bremen-Cuxhaven, zu Verlusten von vielen Millionen Mark führte, lebt heute in der Schweiz, und sicherlich braucht er dort nicht zu knausern, denn ihm blieben auch nach seinem plötzlichen Ausscheiden alle Vermögensteile erhalten, denn niemand hat ihn regreßpflichtig gemacht.

Vor einigen Wochen hat die Mechanische Weberei zu Linden abermals ihre Zahlungen eingestellt. Nicht Modewechsel ist die Ursache dieser Pleite, sondern die planlose Expansionspolitik des ehemaligen Direktors Uebelen.

Zweitausend Arbeitnehmer haben hierdurch ihren Arbeitsplatz verloren und die Aktionäre und Gläubiger ihr Geld. Auch Direktor Uebelen kann, da ihm keine Regreßpflicht auferlegt wurde, mit seinem Vermögen behaglich bessere Zeiten abwarten.

Die Direktoren von Schultheiss-Patzenhofer haben sämtlich ihre Vermögensteile retten können. Ja, selbst Herr Katzenellenbogen kann heute noch in seiner Villa am Schwanenwerder wohnen.

Noch weniger unangenehm als die Schicksale der Unternehmer sind die Schicksale der Bankiers der Großbanken. Man hat sie allenfalls ihrer Aemter enthoben, aber niemals regreßpflichtig gemacht.

Reinhart von der Commerz- und Privatbank, stark belastet durch seine nachlässige Aufsichtsführung bei Schultheiss-Patzenhofer, spielt auch heute noch eine angesehene Rolle bei seinem Unternehmen.

Herr Dr. von Stauß ist zwar aus der DD-Bank ausgeschieden, aber erst im letzten Wahlgang haben ihm die Wähler wieder soviel Vertrauen entgegengebracht, daß er auch im neuen Reichstage Abgeordneter werden konnte.

Auch er saß im Aufsichtsrat von Schultheiss-Patzenhofer und merkte von der Mißwirtschaft ebensowenig wie Jakob Goldschmidt von der Danatbank.

Goldschmidt, der seinerzeit in mehr als hundert Aufsichtsräten tätig — oder besser gesagt: untätig — war, hat sein Vermögen erhalten können, bewohnt noch die Villa am Wannsee und eine Stadtwohnung. Kürzlich konnte er sogar seinen Kunstbesitz wieder in Empfang nehmen und überdies die große Freude erleben, daß ihn die Viktoria-Versicherung zu ihrem Aufsichtsratsvorsitzenden machte.

Guttmann von der Dresdner Bank ist zwar ausgeschieden, besitzt aber auch noch immer seine Villa in Potsdam. Bodenheimer schließlich, der beim Favag-Skandal so stark belastet wurde, hat auch nach der Bankengründung von der Reichsregierung einen Direktorposten in Empfang nehmen können, angeblich, weil wenigstens ein früherer Danatdirektor notwendig sei.

Die Favag-Direktoren haben ihre Strafen zwar erhalten, aber sie sind deswegen noch lange nicht vermögenslos. Die Firma hat mit ihnen eine großzügige Abfindung durchgeführt.

Direktor Kirschbaum, der wegen Untreue und Betrug verurteilt wurde, ist an Geschäftshäusern in Frankfurt beteiligt. Direktor Schumacher besitzt Grundstücke, und sogar die Witwe des verstorbenen Hauptschuldigen Dumcke kann noch immer ganz gut leben, nachdem sie sogar einen Teil der Steuerschulden zu erstatten in der Lage war.

Auch die Hirsch-Kupfer- und Messingwerke, die durch Verträge der Direktoren Hirsch und Schwartz und durch abseitige Experimente auf dem Gebiete der Landwirtschaft ins Unglück kamen, haben auf Regreßansprüche an die Schuldigen verzichtet. Die Aufsichtsratsmitglieder, unter denen Wassermann von der DD-Bank, Jakob Goldschmidt, Millington-Herrmann von der DD-Bank und Sobernheim von der Compri-Bank waren, sind nicht belangt worden. Sie hatten so großes Vertrauen zu der Familie Hirsch, daß sie die Finow-Farm-Experimente zwar verboten, aber trotzdem nicht verhindert haben.

Gar keine Folgen trafen schließlich all diejenigen, die nicht sichtbar ihre Unternehmen, sondern die Volkswirtschaft ganz allgemein schädigten, wie etwa die Familie Borsig, die die rentablen Werksteile für sich ausgliederte und die unrentablen zugrunde gehen ließ. Dabei gingen u. a. auch etwa 3 Millionen Mark Spargelder der Werksangestellten verloren."

So sieht die Stempelfabrik für die Unternehmer aus! Wirtschaftskrise, Bankrott, Arbeitslosigkeit? Es läßt sich trotzdem noch leben — wenn man nicht gerade Arbeitsloser ist!

Das ist die Gerechtigkeit des kapitalistischen Systems!

Viele bürgerliche Nationalökonomen begründen die Berechtigung des kapitalistischen Profits mit dem großen Risiko, das die Unternehmer angeblich tragen. Hier sieht man, wie es um dieses „Risiko" in der Praxis bestellt ist. Diese Herren leben auf jeden Fall weiter in Saus und Braus!

Unsere Gewerkschafts-Arbeit in Bayern

München, 17. September.

Hier referierte Spliedt vom Bundesvorstand des ADGB in einer Funktionärversammlung der freien Gewerkschaften über die letzte Notverordnung. Seine Ausführungen überschritten neben der der sachkundigen Auseinandersetzung des Inhalts und der Tendenz der Verordnung nicht das übliche Niveau, das man von dieser Seite aus gewöhnt ist. Daß Spliedt gegen Unternehmersubvention und Steuerscheine nichts einzuwenden hat, „wenn sie nur zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit führen", nimmt nicht Wunder. Der ADGB hat ja schon allzusehr mit Inflationsplänen geliebäugelt, als daß er an solchen à la Papen Anstoß nehmen sollte. Reichlich unklar waren die Ausführungen über den Kampf gegen die Notverordnung. Die Vertrauensleute im Betriebe sollen gegen die Uebervorteilung der Kollegen mit Hilfe der Bestimmungen über Lohnkürzung kämpfen und die Arbeitsgerichte mit möglichst viel Prozessen überschütten. Ein anderes Mal: „Die Kollegen sollen einfach den Dreck hinhauen", erklärte Spliedt wörtlich, sehr wenig im Einklang mit dem berühmten „Verantwortungsbewußtsein", und nicht etwa auf den Erfolg des Volksbegehrens warten, das zur Aufrüttlung der Massen dienen solle.

Nach dem Referat gab es diesmal eine Diskussion, während es sonst hier zugeht wie in der Kirche. Genosse Vogel von der SAP beschäftigte sich kritisch mit dem zweieinviertelstündigen Referat, soweit dies in einer Redezeit von zehn Minuten möglich war. Insbesondere legte er die praktische Aussichtslosigkeit des Volksbegehrens dar. Die SAP sei frei von allen parlamentarischen und ultralinken Illusionen und könne deshalb die Forderung der Einheitsfront aller proletarischen Organisationen auf die Tagesordnung setzen.

Eine von der SAP im Sinne der Ausführungen des Genossen Vogel eingebrachte Entschließung weigerte sich der Vorsitzende Schiefer zu verlesen, sondern gab nur möglichst sinnentstellt den Inhalt an, mit dem Erfolg, daß die Versammlung sich täuschen ließ und zur Tagesordnung überging.

Ende des Streiks in der polnischen Erdölindustrie

Die seit einer Woche in Lemberg andauernden Verhandlungen über die Beilegung des seit 1. September andauernden Streiks in der Erdölindustrie haben zu einer Verständigung geführt. Die Gewerkschaften erklären sich mit einer Senkung der bisherigen Arbeitslöhne um durchweg 10 Prozent einverstanden, während auf dieser Grundlage die Arbeitgeber dem Abschluß eines neuen Rahmentarifvertrages unter Aufrechterhaltung der bisherigen Urlaubs- und Kündigungsfristen zustimmen. Der Streik ist daraufhin am Dienstag nachmittag abgebrochen worden.

Arbeitslosenkohle wird bis nach Posen verkauft

Kattowitz, 21. September.

CNB. Auf dem Bahnhof von Antonienhütte beschlagnahmte die Polizei einen ganzen Waggon Kohle, die aus den Notschächten der Arbeitslosen stammt. Die Kohle war für eine Schule in Posen bestimmt. Die Förderung in den Notschächten hat ein solch großes Ausmaß erreicht, daß sie eine ernste Konkurrenz für die Gruben bildet.

Hier tritt die ganze Verrücktheit des kapitalistischen Systems in Erscheinung. Die vielen Tausende von Bergarbeitern, die aus der hochmodernen, mit allen Errungenschaften der Technik ausgestatteten Betrieben wegen „Ueberproduktion" entlassen werden, kehren in ihrer Not zur primitivsten Form des Kohlengrabens ohne Maschine zurück. Und die so gewonnene Kohle tritt nun als wettbewerbsfähige Konkurrenz gegen die Kohle der modernen Schachtanlagen auf und wird nun — selbstverständlich! — mit Polizei vom Markt vertrieben.

Ruß statt Deputatkohle

Wanne-Eickel. Die Belegschaft der Zeche Pluto beschloß, gegen die Zechenverwaltung Klage zu erheben. Seit einiger Zeit lieferte sie an die Bergarbeiter statt Hausbrandkohle ein Gemisch von Feinkohle und Ruß als Deputatkohle.

Ferner wandte sich die Belegschaftsversammlung mit aller Entschiedenheit gegen die beabsichtigte Zusammenlegung der Feierschichten mit Urlaubszeit, wodurch praktisch das Urlaubsrecht illusorisch gemacht wird.

Betriebsrats-Wahlerfolg der freien Gewerkschaften

Im benachbarten Castrop-Rauxel fand auf der Zeche Graf Schwerin wegen Ungültigkeit der Aprilwahl eine Neuwahl des Betriebsrates statt, die zu folgendem Ergebnis führte:

Freie Gewerkschaften: 437, Christliche Gewerkschaften: 138, RGO: 245. Die Liste der Gelben und NSBO erhielt 184 Stimmen. Gegenüber den Aprilwahlen gewannen die Freien Gewerkschaften 125, die Christen 19 und die RGO 17 Stimmen. Wieder ein Beweis für die Einflußlosigkeit der RGO auf die Arbeiterschaft. D. m.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; **Inserate:** Herbert Scholz, Breslau. **Verlag:** „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe, Telephon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422
Freitag, 23. Sept.
8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Freitag, 23. Sept.
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
5.15 Uhr
Frühlingslicht